

WESTFALEN-BLATT

www.westfalen-blatt.de

Zeitung für Höxter, Brakel, Bad Driburg und Warburg

Nr. 1 im Kreis Höxter

Donnerstag, 23. Juli 2020

unabhängig • bürgerlich

Preis: 2,30 Euro

HEUTE IM LOKALTEIL

Neue Fassade fürs Rathaus

Die neue Fassade des Borgentreicher Rathauses ist fast fertig. Noch in den Sommerferien sollen die Arbeiten abgeschlossen werden. Die Maßnahme wird etwa 611.000 Euro kosten.

Protestaktion in der Nacht



Dieses Mal ist es stockduster gewesen, als die Gegner des in Würgassen geplanten Zwischenlagers ihren Unmut zum Ausdruck brachten. BI-Chef Dirk Wilhelm sagte, man müsse neue Wege der Kommunikation gehen.

Hindernisse im Training

Kurz hinter der Höxteraner Kreisgrenze bietet der Outdoor-Fitnesspark in Trendelburg ideale Trainingsbedingungen für Hindernisläufer. Auch heimische Athleten halten sich an der Diemel fit.

KOMMENTAR

Streit zwischen USA und China

Der neue kalte Krieg

Ist der Kalte Krieg zwischen den USA und China noch aufzuhalten? Die Schließung des Konsulats in Houston ist ein weiterer Nadelstich Trumps in Richtung Peking, das sich seinerseits außenpolitisch immer aggressiver verhält: Der Griff auf Hongkong wird enger, im Konflikt mit Indien und im südpazifischen



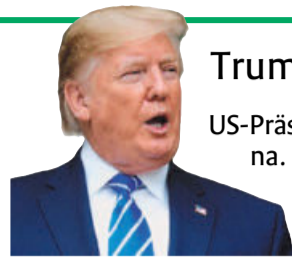
Meer fährt China auf Kollisionskurs. Es ist richtig, darauf selbstbewusst zu reagieren, schon um die Partner Japan, Australien und Taiwan zu schützen.

Doch Trump wäre nicht Trump, wenn es ihm nicht um Innenpolitik ginge. Der von Corona gebeutelte Bundesstaat

Texas ist heiß umkämpftes Wahlkampfgebiet. Trump möchte die Frage „Wer ist am härtesten zu China?“ ins Zentrum stellen – schon um von seinem Versagen als Krisenmanager abzulenken. China taugt für ihn perfekt als Sündenbock. Dabei hat Trump selbst in seinem China-Kurs geschwankt und das weltpolitische Vakuum geschaffen, das Peking knallhart ausfüllt.

Im Alleingang und mit diplomatischen Nadelstichen kann Trump Peking nicht stoppen. Er muss andere demokratische Industriestaaten mitnehmen, wie es Biden plant. Nur Allianzen haben die Macht, den gefährlichen Wettbewerber China in die Schranken zu weisen.

Claudia Kramer-Santel



Trump legt sich mit China an

US-Präsident Donald Trump verschärft den Streit mit China. Seine Regierung ordnet die kurzfristige Schließung des Konsulats in Texas an.

Kommentar / Politik



Die besondere Titeljagd

LeBron James ist der wertvollste Spieler der NBA. Der Superstar will nun mit den Los Angeles Lakers den vierten Titel seiner Laufbahn holen.

Sport

Gartenschau gut besucht

Als das Corona-Virus kam, drohte die Vollbremsung: Trotzdem entschied sich die Stadt Kamp-Lintfort für den Start der Landeshortensschau 2020. Und trotz der Beschränkungen strömten bereits Zehntausende Besucher auf das Gelände. Wenn es in den nächsten Monaten sehr gut läuft, dann könnte die Gartenschau trotz der Corona-Krise bis Oktober doch noch die ursprüngliche Zielmarke von 560.000 Besuchern erreichen – jetzt zur Halbzeit sind es fast 200.000.

Seite 5
Foto: dpa



Hohe Kosten durch geringere Mehrwertsteuer

Firmen mussten nachträglich 2,5 Millionen Rechnungen anpassen

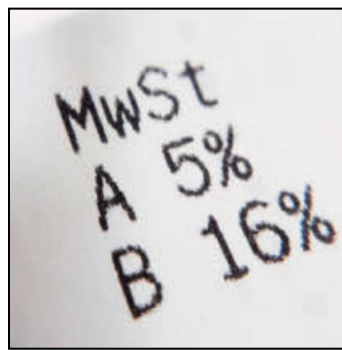
■ Von Birgit Maschall

Berlin (WB). Deutsche Unternehmen mussten wegen der befristeten Mehrwertsteuersenkung zum 1. Juli 2,5 Millionen bereits ausgestellte Rechnungen nachträglich anpassen oder berichtigen. Das geht aus der Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der FDP hervor. Dadurch entstanden den Unternehmen zusätzliche Kosten von rund 14,4 Millionen Euro, so das Papier. Das Ministerium beruft sich auf eine Schätzung des Statistischen Bundesamtes.

Insgesamt hatte die Bundesregierung die Kosten der Firmen für die Umstellung der Kassen- und Rechnungssysteme in ihrem Gesetzentwurf mit 239 Millionen Euro beziffert. Ein Gutachten im Auftrag der FDP hatte den bürokratischen Aufwand dagegen auf 2,25 Milliarden Euro geschätzt – das

9,4-Fache des Betrags.

Die Regierung hat die Mehrwertsteuer für ein halbes Jahr bis 31. Dezember von 19 auf 16 Prozent gesenkt, um die Kaufkraft der Verbraucher zu steigern und die Konjunktur in der Corona-Krise anzukurbeln. Der reduzierte Steuersatz wurde von sieben auf fünf Prozent gesenkt. Für die Unternehmen bedeutete die für sie unerwartete



Diese Steuersätze gelten derzeit. Foto: dpa

Steuersenkung einen erheblichen Aufwand, der den Nutzen der Steuersenkung aus Sicht vieler Firmen infrage stellt – zumal Umsatzsteigerungen durch eine erhöhte Nachfrage der Verbraucher in vielen Branchen auf sich warten lassen. Die Senkung führt beim Staat zu Mindereinnahmen von knapp 20 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Auch im kommenden Jahr erwartet das Finanzministerium Steuerausfälle von etwa 14 Milliarden Euro – auch wegen des verbesserten steuerlichen Verlustrücktrags für Unternehmen.

Nach einem Gutachten des Magdeburger Betriebswirtschaftlers Sebastian Eichfelder hat die Regierung den bürokratischen Aufwand der Mehrwertsteuersenkung drastisch unterschätzt. Auf der Basis von Umfragen bei Steuerberatern ermittelte Eichfelder einen Aufwand von über zwei Milliar-

den Euro. Das seien 11,2 Prozent des Fördervolumens von 20 Milliarden Euro. „Die Mehrwertsteuersenkung ist ein Bürokratiemonster. Wahrscheinlich ist der Aufwand für die Wirtschaft höher als der Nutzen“, sagte FDP-Politiker Frank Schöffler aus Bünde.

Auch der Verband der Familienunternehmer beklagt hohe Folgekosten. „Der IT-Aufwand für die Umstellung des Mehrwertsteuerprozentsatzes dürfte sich sogar noch das kleinste Übel entpuppen. Weitaus kostspieliger könnte noch die Fehleranfälligkeit dieser kurzfristigen Umstellung werden“, sagte der Präsident der Familienunternehmer, Reinhold von Eben-Worlée. „Deren Rückabwicklung wird in den kommenden Jahren ein gefundenes Fressen für Betriebsprüfer werden. Es drohen enorme Rückabwicklungskosten, Nachzahlungen und Strafzinsen.“

Tests für Rückkehrer

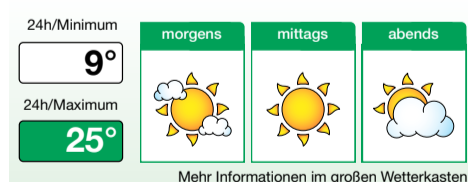
Berlin (dpa). Reisende aus sogenannten Risikogebieten im Ausland sollen künftig direkt nach Rückkehr in Deutschland auf das Coronavirus getestet werden. Dazu sollen an Flughäfen Teststellen eingerichtet werden. Eine entsprechende Empfehlung beschlossen die Gesundheitsminister der Bundesländer am Mittwoch. Die Tests seien verpflichtend, hieß es. Bisher müssen Menschen, die aus stark vom Coronavirus betroffenen Staaten zurückkehren, in Deutschland zunächst 14 Tage in häusliche Quarantäne. Ob sie das tatsächlich immer tun, ist aber fraglich. Deshalb will die Politik hier nachjustieren. Als Risikogebiete gelten unter anderem die Urlaubsländer Türkei, Marokko und Ägypten sowie die USA.

NA, WER SAGT'S DENN

„Die meisten Unternehmen lassen sich auf Dauer nicht vom Rechner aus steuern.“

Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, über die zunehmende Arbeit im Homeoffice

DAS WETTER IM KREIS HÖXTER



SO ERREICHEN SIE UNS

Abonentenservice:

Telefon 0 52 71 / 97 28 20
Fax 0 52 71 / 97 28 21

Anzeigenannahme:

Telefon 05 21 / 585-8
Fax 05 21 / 585-480
Internet: www.westfalen-blatt.de

Nr. 169 / 30. Woche / 7296 / 173. Jahrgang
gegründet 1848



4 190729 602305 40030

Wirecard-Skandal noch größer

Ermittler: Schaden von 3,2 Milliarden Euro – Kontakt zur Bundesregierung

München (dpa). Der Betrugsskandal beim Dax-Konzern Wirecard erreicht eine neue Dimension: Die Münchner Staatsanwaltschaft geht mittlerweile von „gewerbsmäßigen Bandenbetrug“ seit 2015 aus. Mehr als drei Milliarden Euro könnten verloren sein. Ex-Vorstandschef Markus Braun wurde erneut in Untersuchungshaft genommen – und anders als Ende Juni auch nicht mehr gegen Millionenkautions auf freien Fuß gesetzt. Ebenfalls mit Haftbefehl hinter Gittern sitzen nun der frühere Finanzvorstand Burkhard Ley und der ehemalige Chef der Buchhaltung. Wirecard hatte im vergangenen Monat zuerst Luftbuchungen in Höhe von mutmaßlich 1,9 Milliarden Euro einge-

räumt und wenig später Insolvenz angemeldet. „Banken in Deutschland und Japan sowie sonstige Investoren stellten durch die falschen Jahresabschlüsse getäuscht, Gelder in Höhe von rund 3,2 Milliarden Euro bereit, die aufgrund der

Insolvenz der Wirecard AG höchstwahrscheinlich verloren sind“, heißt es nun in der Mitteilung der Ermittler. Damit könnte Wirecard zum größten Betrugsfall der deutschen Nachkriegsgeschichte werden.

Auch für die Bundesregierung wird der Fall immer brisanter. Am Mittwoch wurde bekannt, dass Wirecard Kontakt zum Kanzleramt hatte, unter anderem zum Ex-Geheimdienstkoordinator der Regierungszentrale, Klaus-Dieter Fritsche. Der sagte dem „Spiegel“, er haben einen Kontakt zu Lars-Hendrik Röller, dem wirtschaftspolitischen Berater von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), hergestellt. Dafür habe er Geld von Wirecard bekommen.

Politik: Hintergrund



Ex-Wirecard-Chef Markus Braun



Wasser vom Toten Meer

Kurator Martin Peilstöcker betrachtet eine besondere Flasche. 1921 wurde sie mit Wasser vom Toten Meer gefüllt, das der deutsche Archäologe Gustav Dalman gesammelt hatte. Die Flasche ist eines von 350 Exponaten der Ausstellung „Leben am Toten Meer“ über die Kulturgeschichte einer unwirtlichen Region. Sie ist ab Freitag in der Kaiserpfalz in Paderborn zu sehen.

Kultur / Foto: Oliver Schwabe